

Das Bulletin



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

3/02

Vom Wind und seinen Chancen

Viel ist in letzter Zeit geschrieben worden über die Chancen der Windenergie, Gereimtes und Ungereimtes. Den Vogel abgeschossen hat der SP-Mann Rudolf Rechsteiner. Er gaukelt uns vor, mit Windenergie könnte der gesamte Atomstrom in unserem Lande ersetzt werden. Was für ein gefährlicher Unsinn!

Wir haben nichts gegen diese Energiegewinnung, ja stehen hinter deren Forschung und realistischen Anwendung. Aber jedermann weiss, dass 40 Prozent unseres Strombedarfs aus Kernenergie stammen und dass in der Schweiz allein im letzten Jahr 2,6 Prozent mehr Strom verbraucht wurde. Allein dies zeigt die wahren Relationen. Man muss also klar feststellen: Der Anteil der Windenergie ist und bleibt in unserem Lande irrelevant, auch wenn man Forschung und Anwendung unterstützt, ja sogar subventioniert. Die Irrelevanz der Windenergie wird drastisch unterstrichen in einem Artikel des Bundesamtes für Energie, dem wir entnehmen, dass bis zum Jahre 2010 höchstens 2 Promille unseres Strombedarfs durch Windenergie gedeckt werden sollen! Sollen, nicht können! Unglaublich, ja geradezu entlarvend ist auch ein Vorschlag Rechsteiners, wie man zu dieser Windenergie kommen könnte. Den Atomstrom in der Schweiz könne man dereinst (?) mit Energie aus Windfarmen an der Nord- und Ostseeküste ersetzen. Dass dieser Strom mit allem Drum und Dran sehr, sehr teuer käme, könnte man noch schlucken. Doch es gibt ein Zweites: Auch wenn sich noch so viele Windräder drehen oder nicht drehen würden, jener Strom würde von den Deutschen längst selber gebraucht. Unsere Nachbarn wollen bekanntlich Strom aus Kernkraft-, Kohle- und Ölkraftwerken irgendwie ersetzen. Den Abschied von Kohle und Öl zur Stromerzeugung müsste man begrüssen, der Ausstieg aus der Kernenergie jedoch ist noch lange nicht getan. Weder in Deutschland noch Norwegen zum Beispiel, und schon gar nicht hierzulande. Ein Blick nach Finnland, das Land, das gerne als Musterland gelobt wird, täte darum jedem Kritiker von Kernenergie gut: Hier hat man eben den Bau eines fünften Kernkraftwerkes beschlossen. Und ebenfalls beispielhaft: Finnland verfügt als erstes Land der Welt über eine rechtskräftige Rahmenbewilligung für ein Endlager für hochaktive Abfälle.

Wir stehen auch in Zukunft hinter Alternativenenergien, aber noch mehr hinter wahrer Nachhaltigkeit, was auch für uns bedeutet, dass umwelt- und sozialverträgliche Lösungen immer noch wirtschaftlich erreicht werden müssen. Darum bleiben wir dran!

Bruno Fäh

NÄGEL MIT KÖPFEN FÜR REDUKTION DES CO₂-AUSSTOSSES

AVES für Förderung von Gas- und Diesel-Treibstoffen

Die AVES hat sich schon immer für eine spürbare Reduktion des CO₂-Ausstosses eingesetzt. Nicht zuletzt im Hinblick auf das CO₂-Gesetz, das bekanntlich zum Ziele hat, die CO₂-Emissionen bis 2010 gegenüber 1990 um 10 Prozent zu reduzieren. Bei der Stromproduktion in unserem Lande ist der CO₂-Ausstoss praktisch gleich null. Dass das auch in Zukunft so bleibt, ist eine der Zielsetzungen der AVES. Im Verkehr hingegen sind die CO₂-Emissionen wesentlich höher; hier besteht ganz klar Handlungsbedarf, hier können und müssen wir einiges bewegen!

Bessere Luft nicht auf die lange Bank schieben

Am 6. März dieses Jahres hat der Ständerat eine Motion «Haushaltsneutrale Verbilligung von Diesel, Erd-, Bio- und Flüssiggas zwecks Minderung des CO₂-Ausstosses des Verkehrsbereiches» (01.3690) mit 23 zu 7 Stimmen überwiesen. Die nationalrätliche Kommission Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission UREK hat diese am 19. August mit 14 zu 10 Stimmen abgelehnt, vor allem weil die Dieselförderung nach Auffassung der Mehrheit trotz Energie-Effizienzvorteilen aus umweltpolitischen (Luftschadstoffe, lungengängige



Partikelemissionen) sowie verkehrspolitischen Gründen (kleine Kostenreduktion beim Schwerverkehr auf der Strasse) verfehlt sei. Aus klima- und umweltpolitischer Sicht hält die Kommission dagegen an der Förderung von Gas-Treibstoffen (Erd-, Bio- und Flüssiggas) fest und hat hierfür eine eigene Motion (02.3382) überwiesen.

Die AVES unterstützt aus ganzheitlicher Sicht – und weil das Partikelproblem beim Diesel technisch lösbar ist – beide Motionen. Hingegen lehnt sie die Umwandlung der Motionen in die unverbindliche Postulatsform entschieden ab. Damit wäre weder dem Klima noch der Umwelt gedient. Wir aber wollen auch in diesem Bereich Nägel mit Köpfen!

**Versorgung garantieren.
Umwelt schonen.
Konsumenten schützen.
Wirtschaft stärken.**

Darum Ja zum EMG!

Erdgas unterstützt Schweizer Klimaziele

«Die Schweizer Gaswirtschaft steht hinter den CO₂-Zielen des Bundes», erklärte Hajo Leutenegger, Zuger Nationalrat und Präsident des Verbandes der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) an der Generalversammlung in Solothurn. Erdgas verfüge über ein Entlastungspotenzial für Klima und Umwelt, das sowohl bei der Wärmeproduktion wie auch im Verkehr als Treibstoff noch intensiver genutzt werden müsse. Dass dabei auch der Staat mit flankierenden Massnahmen wichtige Lenkungsarbeiten zu übernehmen hat, zeigte Gastreferent Reinhard Kaiser vom Bundesumweltministerium in Berlin am Beispiel Deutschland.

Mit 32,729 Milliarden Kilowattstunden (+4,1% gegenüber Vorjahr) erreichte der Erdgasabsatz in der Schweiz im letzten Jahr einen neuen Rekordwert. Die Zahl der mit Erdgas versorgten Gemeinden stieg auf 755. Der Marktanteil von Erdgas in der Schweiz erhöhte sich gemäss provisorischer Berechnung der Gesamtenergiebilanz 2001 auf rund 11,5%. An der 59. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) in Solothurn

genehmigten die Vertreter der rund 90 Schweizer Gasversorgungsunternehmen Jahresbericht und Rechnung sowohl des Verbandes wie auch des von der Branche finanzierten Forschungs-, Entwicklungs- und Förderungsfonds (FOGA). Im Hinblick auf die Marktöffnung im Gasmarkt erklärte Präsident Hajo Leutenegger, die weitere Entwicklung und vor allem auch der Fahrplan seien stark von Abstimmungsentscheidungen über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. September abhängig. «Entscheidend für unsere Branche ist die Vorbereitung», betonte er. Dabei werde auch die weitere Entwicklung in der EU für unser Land von grosser Bedeutung sein.

Durchbruch für Erdgas als Treibstoff in Deutschland

«Der Einsatz von Erdgas als Kraftstoff erfährt in Deutschland derzeit einen erheblichen Ausbau», erklärte Reinhard Kaiser vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zugleich Leiter des Arbeitsstabes «Umwelt und Verkehr» in Berlin. Seit Anfang der Neunzigerjahre wird Erdgas in Deutschland mit punktuellen Projekten geför-

«Wenn wir nichts ändern, wird nichts so bleiben, wie es ist!»

Darum Ja zum EMG!

dert. Den Durchbruch der neuen Mobilitätsenergie Erdgas leitete 1999 die ökologische Steuerreform ein. Darin ist bis ins Jahr 2009 eine Mineralölsteuerbegünstigung von rund 75% für Erdgas als Treibstoff festgelegt. «Damit gab es die notwendige Sicherheit für Investitionen in die Tankstellen-Infrastruktur und das Fahrzeugangebot», sagte Kaiser. Zusätzlich gibt es weiterhin gezielte Förderprojekte wie etwa die 1000 Erdgas-Umwelt-Taxis in Berlin, Imagekampagnen und den geplanten Ausbau des Tankstellennetzes von heute 300 auf 1000 Tankstellen bis 2006. In den nächsten fünf Jahren erwartet Kaiser eine Verzehnfachung des Bestandes an Erdgasfahrzeugen auf rund 500 000, bis ins Jahr 2012 soll die Millionengrenze erreicht sein. Weitere kräftige Impulse für Erdgas im Verkehr erwartet Kaiser von der Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie der EU, welche ab 2005 Grenzwerte für Partikel vorsieht und in den

Ballungsgebieten verkehrsbeschränkende Massnahmen erfordern wird. Auch dies werde eine grosse Nachfrage nach emissionsarmen Fahrzeugen auslösen.

CO₂- und Umweltbelastung mit Erdgas weiter reduzieren

An die von der Schweiz festgelegten Ziele, Umweltbelastung und insbesondere die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2010 um 10% unter das Niveau von 1990 (= 42,9 Millionen Tonnen) zu senken, leistet Erdgas einen wichtigen Beitrag: Eine Studie des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) belegt ganz klar, dass die Umweltbelastung durch den Einsatz von Erdgas zum Heizen bis zur Hälfte reduziert werden kann. Als Treibstoff kann Erdgas den Schadstoff-Ausstoss sogar um 60 bis 95% reduzieren; in der Schweiz wird es zur Zeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern allerdings immer noch am höchsten besteuert. ■

DAS ENGAGEMENT DER SCHWEIZER GASWIRTSCHAFT FÜR DIE EXPO.02: FAHRZEUGFLOTTE MIT ERDGAS- UND BIOGAS-ANTRIEB. 30 FAHRZEUGE SAMT TREIBSTOFF UND TANKSTELLEN-INFRASTRUKTUR.



Der Walliser Grosse Rat lehnt die Protokolle der Alpenkonvention ab!

Die Schweizer Wirtschaftsverbände begrüssen ausdrücklich den Entscheid des Grossen Rates des Kantons Wallis, den eidgenössischen Räten die Ablehnung der Protokolle der Alpenkonvention zu empfehlen. Mit einer erdrückenden Mehrheit hat der Grosse Rat des Kantons Wallis beschlossen, den eidgenössischen Räten alle neun Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention zur Ablehnung zu empfehlen. Diese Protokolle werden zur Zeit von der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Ständerates behandelt, dem als Erstrat das Geschäft zugewiesen ist. Das Walliser Parlament, das einen Schweizer Alpenkanton repräsentiert und über 278 000 Einwohner beherbergt und eine Fläche von mehr als 5200 km² umfasst, setzt somit ein klares Zeichen gegen die Ratifikation der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention. Es ist in der Tat so, dass die eidgenössischen Behörden sich nicht über den Willen von demokratisch gewählten Volksvertretern hinwegsetzen sollen. Diese repräsentieren die direkt betroffene Bevölkerung. Ein

internationales Regelwerk, das von Technokraten geboren wurde, soll nicht ohne den Willen der Alpenbevölkerung in Kraft gesetzt werden. Dies umso weniger, als der ganze Prozess der Alpenkonvention bisher nie Gegenstand einer Volksabstimmung war. Die Wirtschaftsverbände begrüssen die Entscheidung der gewählten Walliser Volksvertreter und unterstreichen erneut, dass das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung ausgewogen den drei Standbeinen der wirtschaftlichen und sozialen Interessen sowie der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines intakten Lebensumfeldes Rechnung tragen muss. Diese Voraussetzung ist mit den Durchführungsprotokollen der Alpenkonvention klar nicht erfüllt. Die Wirtschaftsverbände, die die Ablehnung dieser internationalen Verträge seit Jahren proklamieren, werden somit durch eine demokratisch gewählte, direkt betroffene Autorität in ihrer Meinung bestärkt, den Kampf gegen die Ratifikation der neun Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention fortzusetzen. ■

Finnland hat den Bau eines weiteren Kernkraftwerkes beschlossen

Das finnische Parlament hat dem Bau eines fünften Kernreaktors zur Stromproduktion zugestimmt: 107 Parlamentsabgeordnete stimmten im Reichstag für und 92 gegen ein zusätzliches KKW. Damit hat der sozialdemokratische Regierungschef Paavo Lipponen seinen Willen durchsetzen können. Lipponen meinte in der Debatte, ein neues Kernkraftwerk sei sicher, umweltschonend und mache Finnland weniger abhängig von der Energieversorgung aus Russland. Die Minderheit von Kernkraftgegnern im Reichstag wies dagegen auf das Sicherheitsrisiko hin und meinte auch, die Lagerung des zusätzlichen

Kernabfalles sei nicht gelöst. Finnland verhält sich mit dieser Entscheidung gegen die Tendenz in Europa und baut als einziges EU-Land ein neues KKW, während Länder wie Deutschland oder Schweden sich für den Ausstieg entschieden haben. Wo der neue Reaktor gebaut werden soll, muss erst noch entschieden werden. Frühestens im Jahr 2008 kann das neue finnische KKW ans Netz gehen. Die Grünen, die mit Umweltminister Satu Hassi Lipponens Vierparteienkoalition angehören und sich gegen den Bau eingesetzt hatten, wollen beraten, ob sie nun die Regierung verlassen wollen. ■

Fredy Müller, AVES Zürich

Ein klares Ja zum EMG nützt unserem Land

Am 22. September kommt das Eidgenössische Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) zur Abstimmung. Das EMG ist ein gutes und wichtiges Gesetz, denn es sorgt dafür, dass unsere Stromversorgung auch in Zukunft garantiert ist. Es stellt Leitplanken auf, damit unser Strommarkt schrittweise und kontrolliert geöffnet werden kann. Dies ist umso wichtiger, als unsere europäischen Nachbarländer ihre Strommärkte sukzessive öffnen. Auf diese grossen Veränderungen müssen wir reagieren, wenn wir nicht unter die Räder kommen wollen. Aus diesem

Grund ist das Elektrizitätsmarktgesetz entstanden. Es trifft zwei Fliegen auf einen Schlag: Es schützt und sichert auf der einen Seite unsere einheimische Stromproduktion und es nützt und hilft andererseits unseren Elektrizitätswerken, sich im europäischen Strom-Wettbewerb gegen die ausländische Konkurrenz zu behaupten.

Das Elektrizitätsmarktgesetz stärkt unsere Position nach aussen. Noch viel wichtiger ist aber, dass vom EMG die Schweiz als Ganzes profitiert, insbesondere das Gewerbe und die KMU, aber auch die Haushalte.

Erstens stellt das EMG sicher, dass die **langsame Öffnung** des schweizerischen Strommarktes geordnet und kontrolliert verläuft.

Zweitens ist sichergestellt, dass die hohe schweizerische **Versorgungssicherheit** beim Strom auch in Zukunft gewährleistet bleibt.

Drittens sorgt das EMG dafür, dass nicht nur – wie bis anhin – die Grossverbraucher von niedrigeren **Strompreisen** profitieren, sondern auch die zahlreichen KMU und Gewerbebetriebe in unserem Land.

Viertens wird die Situation der **kleinen Stromkunden** und Haushalte mit dem EMG verbessert. Die Stromrechnungen werden transparent, der Strom muss gekennzeichnet sein und die Kunden können die Produzenten selbst wählen.

Fünftens unterstützt das Elektrizitätsmarktgesetz die einheimische **Wasserkraft** und erhöht die Verkaufschancen im Ausland für unsere «saubere Schweizer Energie». Gleichzeitig fördert das EMG die **erneuerbaren Energien**.

Sechstens sorgt das EMG dafür, dass die vielen **öffentlich-rechtlichen Elektrizitätswerke** weiterhin im Besitz der Gemeinden und Kantone bleiben. Mit Privatisierungen hat das EMG gar nichts zu tun.

Das Elektrizitätsmarktgesetz bringt damit die Interessen von Wirtschaft und Gewerbe, Stromproduzenten und -kunden und der Umwelt unter einen Hut. Damit ist garantiert, dass unser Strom auch in Zukunft zuverlässig, sicher und preisgünstig aus der Steckdose kommt. Deshalb Ja zum EMG!

Weltweit fast 4 % mehr Strom aus Kernenergie

Einen Zuwachs von rund 4 % verzeichnete die Stromproduktion aus Kernenergie im Jahr 2001 laut den Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Gemäss der jährlich erscheinenden Weltenergiestatistik des Erdölkonzerns BP war die Kern-

energie 2001 im Vergleich mit Öl, Gas, Kohle und Wasserkraft die am stärksten wachsende Energiequelle. Die neuen erneuerbaren Energien werden von BP aufgrund ihres nach wie vor marginalen Anteils nicht berücksichtigt. Der Weltenergieverbrauch nahm um 0,3 % zu. ■

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Kantonsrat, Edlibach ZG

MITGLIEDER

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat, GipfOberfrick AG
Rudolf Imhof, Nationalrat, Laufen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Jörg H. Krammer, dipl. Ing. TUG, Winterthur ZH
Walter F. Böhlen, Grossrat, Niederrohrdorf AG
Konrad Niederberger, Stans NW
Rita Kohlermann, Landrätin, Therwil BL
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE, Lausanne

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Postfach 7674, 8023 Zürich
Telefon 01 212 40 90, Fax 01 212 65 69

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
8023 Zürich

aves persönlich

Alpenkonvention ist überflüssig, ja nachteilig!

Als ehemaliger Sachbearbeiter der Alpenkonvention beim Bund bin ich zum Schluss gekommen, dass diese nicht nur unnötig, sondern für unser Land und das Berggebiet auch nachteilig ist.

Unnötig, weil Bund, Kantone und Gemeinden bewiesen haben, dass wir in der Schweiz den nötigen Schutz sowie die Güterabwägung zwischen diesem und wirtschaftlicher Entwicklung sehr wohl ohne Vorschriften von aussen vornehmen können.

Nachteilig ist sie, weil wir erstens durch solche, oft gut gemeinten, aber realitätsfremden Konventionen daran gehindert werden, das zu tun, was nötig wäre. Zweitens würde die jeweilige Entscheidungsfindung in vielen Bereichen erheblich verzögert und der administrative Aufwand grösser und teurer. Drittens werden mit den Vorbereitungen und Beratungen zu diesem Thema Parlament und Bundesrat sowie die Verwaltungen ungebührlich belastet – in einer Zeit, wo diese Wichtiges zu tun hätten. Den Vogel abgeschossen haben aber Politiker wie der Walliser Ständerat Epiney, der mit seinem Vorstoss verlangt, «dass die Berggebiete für die Einschränkungen, welche der Alpenschutz mit

sich bringt, reichlich entschädigt werden». Solche Entschädigungen fliessen schon heute und können ohne Alpenkonvention angepasst werden. Das Parlament hat es in der Hand, dem Trauerspiel ein Ende zu bereiten, indem es die vom Bundesrat vorgelegten Protokolle «auf Nimmerwiedersehen» zurückweist.

Hans Popp, Liebefeld BE

Umstrittene Windenergieanlagen

Es lässt schon aufhorchen, wenn Professor Binswanger – ein Umweltschützer erster Stunde – vor den Nebenwirkungen von alternativen Energieprojekten wie im Falle der vorgesehenen Windkraftwerke im Entlebuch warnt. Dass die viel gepriesenen alternativen Energien auch ihre negativen ökologischen Seiten haben, ist der Öffentlichkeit viel zu wenig bewusst. Dabei weist der Autor nur auf die ökologische Dimension des Problems, die Landschaftsbeeinträchtigung, hin. Es gibt

aber auch noch eine wirtschaftliche Seite, und um diese ist es nicht besser bestellt. Zwar gehört die Windenergie noch zu den kostengünstigsten Formen von alternativen Energien. Ihre Gesteungskosten, die um ein Mehrfaches höher sind als die der klassischen Energieformen, hätten es aber in einem liberalisierten Markt mehr als nur schwer. Offensichtlich ist der Windkraftboom in den (wohlhabenden!) Ländern Europas nicht auf den Motor der Wirtschaftlichkeit, sondern auf die währschafte Subventionspraxis der Regierungen zurückzuführen. Dass an diesem Boom selbst sonst sehr liberal orientierte multinationale Unternehmen mitprofitieren, ändert am Grundtatbestand nicht viel. Festzuhalten bleibt aber bei nüchterner Betrachtung, dass auch alternative Energieprojekte bezüglich Nachhaltigkeit in ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht kritisch zu hinterfragen sind, sonst leistet man Illusionen Vorschub und der Nachhaltigkeit einen Bärendienst. Heinz Baumberger, Wettingen

Wir wollen, ja wir brauchen eine geordnete Öffnung des Strommarkts.

Darum Ja zum EMG!

- AG** AVES Aargau
Walter Forrer
Winkelweg 600, 5727 Oberkulm
walter.forrer@bluewin.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker
Postfach 8023, 3001 Bern
b.schauwecker@bluewin.ch
- BS/BL** AVES Region Basel
Rita Kohlermann
Postfach, 4010 Basel
r.kohlermann@nkbb.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch
- GR** AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur
- LU** AVES Luzern
Michel Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens
- NW** AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg
mariodavid@david.ch
- SH** AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen
- SO** ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnos
Tannenweg 9, 6410 Goldau
- TG** AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen
- TI** ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
- VS** AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
konrad.studerus@datazug.ch
- ZH** AVES Pfannenstiel
Postfach 412, 8636 Wald
info@aves-zh.ch

AVES Winterthur
Postfach 1243, 8401 Winterthur
jkrammer@bluewin.ch
- FRE** Fédération Suisse romande
pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch